



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Dezember 2012 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. Die Verleihung des Friedensnobelpreis 2012 in Oslo und Straßburg**
- 2. Parlament bestätigt Einigung beim Haushaltspaket für 2012 und 2013**
- 3. Der Sacharow-Preis 2012**
- 4. Parlament verabschiedet einheitlichen EU-Patentschutz**
- 5. Erasmus für Jungunternehmer**
- 6. Aktionsplan für Europas Flughäfen von Parlament verabschiedet**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. Die Verleihung des Friedensnobelpreis 2012 in Oslo und Straßburg

Am 10.12.2012 nahmen im Osloer Rathaus die Vertreter der Europäischen Union den Friedensnobelpreis entgegen, nachdem das Nobelpreis-Komitee im Oktober die Europäische Union als Sieger des diesjährigen Friedensnobelpreises bekannt gegeben hat. Die Europäische Union erhält den Preis, weil sie nach Auffassung des Nobel-Komitees, seit über 60 Jahren zur Verbreitung von Frieden, Demokratie und Menschenrechte in Europa beiträgt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Vergabe des diesjährigen Friedensnobelpreises an die Europäische Union als „wunderbare Entscheidung“ bezeichnet.

Altkanzler Helmut Kohl äußerte sich:

"Er ist auch eine Ermutigung für uns alle, auf dem Weg des geeinten Europas weiter voranzugehen. Als Europäer haben wir heute allen Grund, stolz zu sein."

In einer feierlichen Zeremonie und im Beisein von ca. 20 Staat- und



Regierungschefs haben der Europaparlamentspräsident Martin Schulz, der EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident Manuel Barroso die Urkunde und Medaille, repräsentativ für mehr als 500 Millionen EU-Bürger, in Oslo entgegen genommen. Vor der Übergabe warnte Schulz davor, den Frieden in der EU als selbstverständlich zu betrachten. "Dieser Preis ist eine große Ehre, aber auch eine Warnung. Wir dürfen unser historisches Erbe und die friedliche Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht gefährden", fügte Schulz hinzu.

Die Nobelpreisübergabe wurde mit einer Zeremonie im Europaparlament in Straßburg am Mittwoch, den 12.12.2012, abgerundet, bei der der Nobelpreis an die Bürger der EU symbolisch weitergereicht wurde. Stellvertretend für die Bürger Europas erhielten am Mittwochmorgen 20 EU-Bürger aller Altersgruppen und Nationalitäten den Friedensnobelpreis aus den Händen von Martin Schulz, Manuel Barroso und dem Vertreter der zyprischen Ratspräsidentschaft Andreas Mavroyiannis.

Das Preisgeld - durch die EU auf insgesamt 2 Millionen Euro aufgestockt - wird für Projekte gespendet, die Kinder in Krisen- und Kriegsgebieten unterstützen.

Mehr Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20121211ST004513/html/Europaparlament-reicht-Friedensnobelpreis-an-B%3%BCrger-weiter>

2. Parlament bestätigt Einigung beim Haushaltspaket für 2012 und 2013



Am Mittwoch den 12.12.2012 hat das Parlament in Straßburg über das Haushaltspaket für 2013 und den Nachtragshaushalt für 2012 abgestimmt. "Die heutige Verabschiedung ist ein wichtiges politisches Signal, das zeigt, dass das Europäische Parlament entschlossen ist, sicherzustellen, dass die EU alle erforderlichen Mittel hat, um ihre Politik wirksam umzusetzen", erklärte der Verantwortliche für den Haushalt 2013 im Parlament Giovanni La Via

(EVP, IT).

Das Haushaltspaket, welches das Parlament damit formell bestätigt hat, umfasst ein Budget für 2013 in Höhe von € 132,8 Milliarden an Zahlungen und € 150,9 Milliarden an Verpflichtungen. Außerdem bewilligte das Parlament 6 Milliarden Euro zur teilweisen Abwicklung der Zahlungen von 2012.

Ziel des Haushaltspaketes ist es, Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu gewährleisten. Dank der zahlreichen Forderungen der Abgeordneten konnten die Beiträge in der Rubrik Wettbewerbsfähigkeit, im Vergleich zu den Verpflichtungen 2012, insgesamt um 4,8% erhöht werden. Insbesondere die Mittel für das 7. Forschungsrahmenprogramm konnten im Haushalt von 2013 um 6,4% und im Rahmenprogramm "Innovation und Wettbewerbsfähigkeit" um 9,3% gesteigert werden.

Die Einigung über den Nachtragshaushalt für 2012 ermöglicht nun auch, Hilfsmittel aus dem EU-Globalisierungsfonds (EGF) für entlassene Arbeitnehmer aus Spanien, Finnland, Dänemark, Italien, Schweden, Österreich und Rumänien formal zu bewilligen. Bis zur Einigung über die zusätzlichen Mittel für 2012 fehlten diese Gelder und konnten nicht bereitgestellt werden.

Mehr Informationen unter:

http://www.europarl.europa.eu/the-president/de/press/press_release_speeches/press_release/2012/2012-december/press_release-2012-december-5.html

3. Der Sacharow-Preis 2012

Der mit 50.000 Euro dotierte Sacharow-Preis für geistige Freiheit, benannt nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrei Sacharow, wird seit 1988 jährlich vom Europäischen Parlament verliehen und ist zu einem bekannten Symbol für den Kampf für Menschenrechte und Demokratie geworden.

Dieses Jahr wurde der Sacharow-Preis an zwei iranische Aktivisten verliehen. Durch die Preisverleihung an die Anwältin Nasrin Sotoudeh und den Filmemacher Jafar Panahi erkennt das Europäische Parlament ihr Engagement und ihre außergewöhnlichen Anstrengungen in ihrem andauernden Kampf für menschliche Würde, Grundrechte und politischen Wandel im Iran an.

Die Preisträger konnten nicht an der Verleihung teilnehmen, da sie den Iran nicht verlassen dürfen. Nasrin Sotoudeh wird im Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten und leidet unter schweren Gesundheitsproblemen nach ihrem Hungerstreik, den sie Anfang Dezember beendet hat. Die 47-jährige Sotoudeh wurde im September 2010 verhaftet und wegen angeblicher Propaganda gegen das Establishment zu elf Jahren Haft verurteilt. Als Anwältin hatte sie zuvor selbst zahlreiche politische Gefangene verteidigt. Jafar Panahi musste seine sechsjährige Gefängnisstrafe bisher nicht antreten, darf aber weder ausreisen noch Filme machen.

An der Stelle der beiden Oppositionellen sprachen die iranische Friedensnobelpreisträgerin von 2003 Shirin Ebadi und der griechische Filmregisseur Constantin Costa-Gavras. "Die beiden leer gebliebenen Stühle machen deutlich, wie das Regime der Islamischen Republik Iran mit seinen Bürgern umgeht. Seit mehr als dreißig Jahren ist es ein Regime der Unterdrückung", sagte Ebadi.

Parlamentspräsident Martin Schulz sagte bei dem Festakt in Straßburg: "Mit dem Sacharow-Preis 2012 würdigt das Europäische Parlament die außergewöhnlichen Anstrengungen, die von Frau Sotoudeh und Herrn Panahi im Kampf für die Menschenwürde, für die Grundrechte und für den politischen Wandel im Iran unternommen wurden. Wir ehren heute diese Menschen, die sich für einen besseren



Iran einsetzen". Der Präsident appellierte an das Regime in Teheran Sotoudeh "aus dieser schändlichen Haft zu befreien" und führte fort: "Jeden Tag werden unschuldige Menschen verhaftet, weil sie ihre Meinung sagen."

Mehr Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00f3dd2249/Sakharov-Prize-for-Freedom-of-Thought.html>

4. Parlament verabschiedet einheitlichen EU-Patentschutz

Nach über 30 Jahre währenden Bemühungen verabschiedete das Parlament am Dienstag, den 11.12.2012, das sogenannte EU-Patentpaket. Damit werden die Kosten für ein EU-Patent um bis zu 80% sinken, und somit die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA oder Japan stärken. Das einheitliche Patentpaket ist das Ergebnis der verstärkten Zusammenarbeit zwischen 25 Mitgliedstaaten (Italien und Spanien entschieden sich gegen eine Beteiligung - können aber jederzeit beitreten).

"Nach jahrelangen Streitigkeiten gefolgt von monatelangen Querelen seitens des Rates" sei nun der Weg für das EU-Patent "endlich frei", so Bernhard Rapkay, Berichterstatter zur Schaffung eines EU-Patents.



"Der Weg zum EU-Patent war lang und steinig, aber letztlich hat sich die Mühe gelohnt. Denn das Patent ist ein Stück praktisches Europa, in dem auch der Schutz des geistigen Eigentums nicht vor Grenzen Halt machen muss. "Die geltenden Patentgesetze in der EU "wirken wie eine Steuer auf Innovation", erklärte der italienische Abgeordnete Raffaele Baldassarre (EVP), verantwortlich im Parlament für die Übersetzungsregelungen für den EU-Patentschutz.

Das neue Patent soll weniger kosten und effizienter sein als die bestehenden Systeme zum Schutz von Erfindungen von Privatpersonen und Unternehmen. Die neuen Regeln sorgen für einen einheitlichen Patentschutz, der dann automatisch in allen 25 EU-Vertragsstaaten gilt, und soll zusätzlich die Ausgaben von Unternehmen senken, die so besser mit der internationalen Konkurrenz mithalten können. Das bedeutet einen gewaltigen Fortschritt für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit Europas. Sobald das neue System voll funktionsfähig ist, könnte nach Angaben der Kommission ein EU-Patent nur 4.725 Euro kosten - weit weniger als die heute üblichen Durchschnittskosten von 36.000 Euro. Ein Erfinder kann bei der Europäischen Patentorganisation (EPO) ein einheitliches EU-Patent beantragen, das in allen 25 teilnehmenden Mitgliedstaaten gültig ist.

Das internationale Übereinkommen zur Schaffung eines Einheitlichen Patentgerichts wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten, oder sobald 13 Vertragsstaaten, darunter Großbritannien, Frankreich und Deutschland, es ratifiziert haben. Widersprüchlichen Gerichtsbeschlüssen zu demselben Patent und dem Auftreten mehrfacher Gerichtsfälle wird damit ein Ende bereitet.

Mehr Informationen unter:

http://www.epo.org/index_de.html

5. Erasmus für Jungunternehmer

"Erasmus für Jungunternehmer" ist ein Pilotprogramm der EU. Unternehmerische Initiative ist für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen von wesentlicher Bedeutung. Gerade in der Vorgründungsphase ist es essenziell, dass sich die angehenden Unternehmer der großen Chancen, aber auch Risiken einer Selbstständigkeit bewusst werden. Durch dieses Programm können sie wichtige Erfahrungen von erfolgreichen Unternehmern sammeln und einschlägige Kompetenzen erwerben, um auf europäischer Ebene tätig zu werden.

Teilnehmen können Jungunternehmer, die mit einem glaubwürdigen Geschäftsplan ausgerüstet sind, sowie Unternehmer, die in den letzten drei Jahren ihre eigene Firma gegründet haben. Unabhängig davon, ob sie ein neues Unternehmen gründen oder mit einem bestehenden auf internationale Märkte expandieren möchten, ermöglicht ihnen das Programm, Zeit mit erfahrenen Gastunternehmern in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen und aus erster Hand zu lernen, wie man ein kleines oder

mittelständisches Unternehmen führt. Innerhalb des Austausches mit einer Dauer von bis zu sechs Monaten wird den Teilnehmern die Gelegenheit geboten, bei dem erfahrenen gastgebenden Unternehmer Wissen über die Gründung und das Management von KMU zu erwerben.

Die Vermittlung der neuen Unternehmer und der gastgebenden Unternehmer erfolgt mit Hilfe von regionalen und nationalen Wirtschaftsorganisationen, die als Vermittlungsstellen fungieren.



Erasmus for Young Entrepreneurs

Bis dato hat die Mobilitätsinitiative über 1.000 Unternehmern einen grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch ermöglicht. Aktuell sind etwa 5.000 Teilnehmer in der Datenbank des Programms registriert. Zahlen der Europäischen Kommission zufolge stammt die Mehrheit der Bewerber aus Spanien und Italien, wo die Menschen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit gezwungen sind, ihr eigenes Unternehmen zu gründen oder sich eine Arbeit in einem anderen Land zu suchen.

Viele Sektoren profitieren von dem Austausch: Dienstleistungen in den Bereichen Werbung und Verkaufsförderung machen dabei 14 % aus,

gefolgt von Informations- und Kommunikationstechnik (9 %), Tourismus (9 %) sowie Rechts- und Steuerberatung und anderen Beratungsleistungen (8 %).

Mehr Informationen unter:

<http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/index.php?lan=de>

6. Aktionsplan für Europas Flughäfen von Parlament verabschiedet

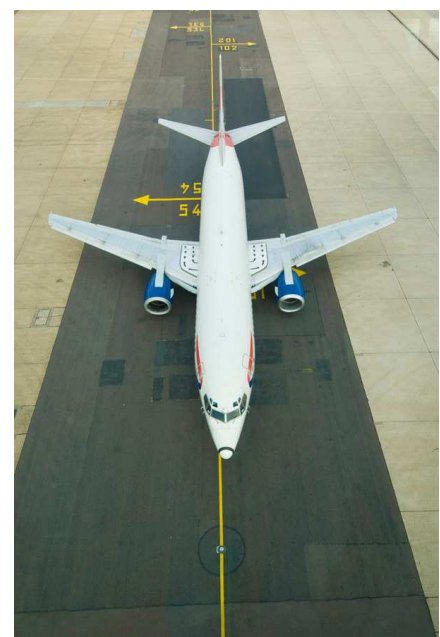
Am Mittwoch, den 12.12.2012, hat das EU-Parlament das sogenannte "Flughafenpaket" verabschiedet. Dieses beinhaltet neue Regeln zum Schutz der Wohnbevölkerung vor

Fluglärm und Angaben zu einer besseren Nutzung von Start- und Landezeitnischen. Ein Vorschlag zur weiteren Öffnung des Wettbewerbs bei

Bodenabfertigungsdiensten von Hauptflughäfen wurde zurück an den Verkehrsausschuss verwiesen, da zusätzlicher Diskussionsbedarf über die Steigerung der Effizienz von Dienstleistungen auf Flughäfen besteht.

Lärminderungsziele müssen für jeden Flughafen eigens festgelegt werden, doch um sie zu erreichen, müssen gemeinsame EU-Vorschriften beachtet werden - dies wurde nun in der neuen Verordnung für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen manifestiert, welche mit 501 Stimmen angenommen wurde, bei 155 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen.

Das Parlament stimmte auch für gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen ("Slots") auf Flughäfen und deren Tausch (Sekundärhandel), damit nicht genutzte Zeitnischen interessierten Luftfahrtunternehmen schnellstmöglich und auf transparente Weise zur Verfügung



gestellt werden, ohne jedoch die Verbindungen zwischen den regionalen Flughäfen und den großen Drehkreuzen zu beeinträchtigen.

Zur Abstimmung standen außerdem Maßnahmen zur Öffnung des Wettbewerbs bei Bodenabfertigungsdiensten an Hauptflughäfen.

Der Abstimmung ist eine hitzige Debatte der Abgeordneten mit dem EU-Verkehrskommissar Siim Kallas vorausgegangen. Der Verkehrskommissar verteidigte seine Liberalisierungsvorschläge als ausgewogen zwischen den Interessen der Flugunternehmen und den Arbeitnehmervertretungen. Ablehnung kam von zahlreichen Abgeordneten der europäischen Sozialdemokraten, Grünen, Linken, Liberalen und Christdemokraten. Die Kommission habe bislang nicht beweisen können, dass Bodendienstleistungen mit drei Anbietern an einem Flughafen besser funktionieren würden, als mit zwei. Ohne diesen Nachweis, so zum Beispiel der CDU-Verkehrspolitiker Dieter-Lebrecht Koch, sei nicht verständlich, warum die Kommission unbedingt einen dritten Anbieter an großen Flughäfen zulassen wolle. Anstatt den Kommissionsvorschlag über die Bodendienste abzulehnen, so wie es der Verkehrsausschuss vorgeschlagen hatte, forderte das Parlament den Ausschuss auf, weiter daran zu arbeiten, um die Effizienz und Qualität von Flughäfen mit jährlich mehr als 5 Millionen Passagieren zu steigern.

Mehr Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20121203FCS04313/9/html/Flugh%C3%A4fen-Regeln-f%C3%BCr-Bodendienste-bed%C3%BCrfen-weiterer-Diskussionen>



Ich und mein Team wünschen Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!